

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

Lehrlingsausbildung als Vergabekriterium für öffentliche Aufträge

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bernath, Magdalena
Bernhard, Laurent
Rohrer, Linda

Bevorzugte Zitierweise

Bernath, Magdalena; Bernhard, Laurent; Rohrer, Linda 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Lehrlingsausbildung als Vergabekriterium für öffentliche Aufträge, 2005 - 2013*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 16.07.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Wirtschaft	1
Wirtschaftspolitik	1
Wettbewerb	1
Bildung, Kultur und Medien	1
Bildung und Forschung	1
Berufsbildung	1

Abkürzungsverzeichnis

BöB	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen
WTO	Welthandelsorganisation
WAK-NR	Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrats
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
BBG	Berufsbildungsgesetz

LMP	Loi fédérale sur les marchés publics
OMC	Organisation mondiale du commerce
CER-CN	Commission de l'économie et des redevances du Conseil national
USAM	Union suisse des arts et métiers
UPS	Union Patronale Suisse
LFPr	Loi fédérale sur la formation professionnelle

Allgemeine Chronik

Wirtschaft

Wirtschaftspolitik

Wettbewerb

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE
DATUM: 14.05.2013
LAURENT BERNHARD

Im Jahre 2005 hatte der Nationalrat einer parlamentarischen Initiative Lustenberger (cvp, LU) Folge gegeben, die bei der **Vergabe von öffentlichen Aufträgen die Berücksichtigung der Ausbildung von Lehrlingen** als Kriterium forderte. Der Gesetzesentwurf eine entsprechende Änderung von Artikel 21 des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) vor. Im März des Berichtsjahres gab die nationalrätliche Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-NR) die Ergebnisse der Vernehmlassung bekannt. Die Mehrheit der konsultierten Kantone, Parteien und weiteren interessierten Organisationen stand der Vorlage positiv gegenüber. Allerdings waren sich die Wirtschaftsverbände uneinig. Während der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) das Ansinnen begrüßte und darin eine Stärkung der dualen Berufsbildung sah, sprach sich der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) gegen den Gesetzesentwurf aus, da dieser seines Erachtens wettbewerbsverzerrende Anreize setzte. Im Mai nahm die WAK-NR mit 19 zu 6 Stimmen den Vorentwurf an. Die Behandlung des Geschäfts wurde im Nationalrat auf die Frühjahrsession 2014 angesetzt.¹

Bildung, Kultur und Medien

Bildung und Forschung

Berufsbildung

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE
DATUM: 16.12.2005
MAGDALENA BERNATH

In der Sommersession nahm sich auch das Parlament des Themas an: Gemäss Lehrstellenbarometer waren 27'000 Jugendliche auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz, und auch wenn alle offenen **Lehrstellen** besetzt würden, fehlten immer noch 2'000.

– Die grosse Kammer billigte eine Motion Vollmer (sp, BE) (Mo. 04.3359), die ein Konzept mit den notwendigen rechtlichen Anpassungen für eine Ausweitung und Aufwertung der **Lehrstellen und Praktikumsplätze in der Bundesverwaltung** verlangte; der Ständerat lehnte das Begehren ab.

– Der Nationalrat überwies auch zwei Vorstösse der Zürcherin Chantal Galladé (sp): Ein Postulat (Po. 03.3621), das einen Massnahmenplan zur **Verbesserung der Lehrstellensituation** forderte, und, gegen den Willen von Bundesrat und Gewerbevertretern, eine Motion (Mo. 04.3061), welche die Lehrlingsausbildung im Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) als **Vergabekriterium** verankert.

– Bereits im Frühjahr hatte der Rat einer in die gleiche Richtung zielenden parlamentarischen Initiative Ruedi Lustenberger (cvp, LU; Pa.IV. 03.445) Folge gegeben.

– Chancenlos blieben hingegen drei weitere Motionen Chantal Galladé (sp, ZH): Die erste (Mo. 04.3104) hatte vom Bundesrat verlangt, eine Informationskampagne durchzuführen, welche internationale Firmen über das duale schweizerische Bildungssystem aufklärt und sie **motiviert, Lehrstellen anzubieten**; da die Kantone bereits entsprechende Marketingmassnahmen unternehmen, sei ein Engagement des Bundes laut Bundesrat nicht nötig. Der zweite Vorstoss (Mo. 05.3189) forderte Projekte, welche **arbeitslosen Jugendlichen** den Einstieg ins Erwerbsleben oder in eine Ausbildung erleichtern; dem hielt die Regierung entgegen, dass das Berufsbildungsgesetz (BBG) keine gesetzliche Grundlage für Beiträge an Arbeitslosenprojekte biete, das Arbeitslosenversicherungsgesetz sehe jedoch entsprechende Massnahmen vor. In Bezug auf die dritte Motion (Mo. 05.3189) erklärte der Bundesrat, es seien bereits genügend **Zwischenlösungen und Brückenangebote** für Jugendliche ohne Lehrstelle vorhanden, die von der Motionärin angeregten Basislehrjahre fügten sich nicht in den bewährten Berufsbildungsmechanismus ein, da die Jugendlichen ein Bildungsangebot besuchen würden, ohne über eine vorgängige Zusage zu einer späteren Lehrstelle zu verfügen.

– Abgelehnt wurde ferner ein Postulat Urs Hofmann (sp, AG; Po. 04.3417) für eine bessere Gestaltung des **Übergangs von der Volksschule in die Berufsbildung**, insbesondere für benachteiligte Jugendliche; hier existierten laut Bundesrat ebenfalls

bereits Angebote.

– Mit 21 zu 20 Stimmen hiess der Ständerat hingegen eine Motion Alain Berset (sp, FR) (05.3216) gut, welche eine rasche Umsetzung der **individuellen Begleitung von Lehrlingen und Lehrtöchtern** mit schulischen Schwierigkeiten forderte; Bundesrat Joseph Deiss hatte vergeblich vor einem Eingriff in die Kompetenzen der Kantone gewarnt.²

PARLAMENTARISCHE INITIATIVE
DATUM: 19.06.2007
LINDA ROHRER

Eine parlamentarische Initiative Lustenberger (cvp, LU; Pa.Iv. 03.445) und eine Motion Galladé (sp, ZH; Mo. 04.3061) wollten die **Lehrlingsausbildung als Vergabekriterium für öffentliche Aufträge** einführen. Beide hatten zum Ziel, die Bestimmung im Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen zu verankern. Während die Frist für die parlamentarische Initiative bis 2009 verlängert wurde, damit die Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BoeB) abgewartet werden kann, schlug der Ständerat einige Änderungen der Motion vor. Zum einen liess er die ursprüngliche Forderung fallen, auch Kantone und Gemeinden über das Bundesgesetz über den Binnenmarkt anzusprechen und zum anderen schlug er eine offenere und WTO-konforme Regelung vor. Der Nationalrat stimmte den Änderungen des Ständerates ebenfalls zu.³

1) BBl, 2013, S. 5441 ff.; Medienmitteilung WAK-NR vom 14.05.2013; TA, 15.5.13.

2) AB NR, 2005, Beilagen I, S. 448 ff.; AB NR, 2005, Beilagen III, S. 104.; AB NR, 2005, Beilagen IV, S. 66 f.; AB NR, 2005, S. 160; AB NR, 2005, S. 1990; AB NR, 2005, S. 51 ff.; AB NR, 2005, S. 758; AB NR, 2005, S. 862 ff.; AB NR, 2005, S. 897 ff.; AB NR, 2005, S. 907 f.; AB NR, 2005, S. 936 ff.; AB SR, 2005, S. 1076 ff.; AB SR, 2005, S. 497 ff.

3) AB NR, 2007, S. 567; AB NR, 2007, S. 615 ff.